

POSTULAT von Claudio Schmid (SVP, Bülach), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) und Hans Egli (EDU, Steinmaur)

betreffend Einkommensfreibetrag (EFB), Integrationszulage (IZU), minimale Integrationszulage (MIZ)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die SKOS-Richtlinien bezüglich Einkommensfreibetrag (EFB, Integrationszulage (IZU) und minimale Integrationszulage (MIZ) betragsmässig zu reduzieren.

Claudio Schmid
Linda Camenisch
Hans Egli

Begründung:

Aufgrund des heutigen Sozialhilfesystems ist belegt, dass sich Arbeit nicht immer lohnt. Die Zulagen, als Anreizsystem gedacht, erwirken einen Schwelleneffekt, welcher der Ablösung von der Sozialhilfe nicht dienlich ist. Es entstehen Situationen, wonach Sozialhilfeempfänger besser gestellt sind als Personen im Arbeitsprozess. Sozialhilfe sollte im Sinne einer Überbrückungshilfe und nicht als dauerndes Ersatzeinkommen verstanden werden. Das Anreizsystem verfehlt somit seinen ursprünglichen Zweck.

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) hält bei ihren Grundprinzipien (A.4) selber explizit fest: «Unterstützte Personen sind materiell nicht besser zu stellen als nicht unterstützte, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben». «Die hilfeschende Person ist verpflichtet, alles Zumutbare zu unternehmen, um eine Notlage aus eigenen Kräften abzuwenden oder zu beheben».

Der Regierungsrat kann gemäss Art. 17 der Verordnung zum Sozialhilfegesetz begründete Abweichungen in eigener Kompetenz festhalten.